

Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“
Sprecher des Bündnisses: Dirk Stegemann
Telefon: 0177 / 176 86 33

An die Leiter der Ressorts
Lokales / Berlin / Überregional

Berlin, 19. 09. 2010

Presseerklärung:

Bundesregierung entzieht sich ihrer Mitverantwortung bei Wilders-Besuch

Dazu erklärt das Bündnis:

Mit Desinteresse begegnet die Bundesregierung der Gefahr zu erwartender Straftaten wie Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass oder anderer Belange der öffentlichen Sicherheit beim Besuch von Geert Wilders in Berlin am 2. Oktober 2010. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen (DIE LINKE) hervor.

Der Versuch, rechtspopulistische, rassistische Organisationen wie die selbsternannte Bürgerbewegung „Pax Europa“ oder das rassistische Webportal „politically incorrect“ als irgendeine beliebige private Vereinigung und den Rassisten Geert Wilders als irgend einen unbekanntem Dritten darzustellen und zu verharmlosen, konterkariert sämtliche Bemühungen antirassistischer, antifaschistischer Gruppen und Initiativen der Hetze und europaweiten Vernetzung von Nazis, Rassist_innen und Rechtspopulist_innen entgegenzutreten. Das wird vom Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ aufs entschiedenste kritisiert.

Damit setzt die Bundesregierung ihre „Vogel-Strauß-Strategie“ im Umgang mit Rechtspopulismus und Rassismus, die sie schon bei der Debatte um Sarrazin gezeigt hat, weiter fort. Wiederholt hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass für sie Rassismus kein gesamtgesellschaftliches Problem ist, sondern lediglich eines rechtsextremer Gruppen. Kein Wunder, dass es bis heute kein wirksames Konzept für die Bekämpfung von Rassismus gibt.

Auch versteckt sich die Bundesregierung hinter ihrer vermeintlichen Nichtzuständigkeit. Sie sieht die Verantwortung zur Prüfung der Voraussetzungen für ein Einreiseverbot von Geert Wilders auf Grund der zu erwartenden Straftaten -einhergehend mit seiner rassistischen Propaganda gegen Muslime und Muslime- einzig beim Berliner Senat und der Berliner Ausländerbehörde. Entsprechende Gespräche mit diesen plant die Bundesregierung offensichtlich nicht. Der Berliner Senat dagegen scheint den Wilders-Besuch ebenfalls aussitzen zu wollen. Eine Reaktion auf unseren Offenen Brief vom 7. September zum Einreiseverbot für Wilders sowie den Aufruf zu Protesten gegen den Wilders-Besuch am 2. Oktober und das „Sarrazin-Soli-Event“ von „Pro Deutschland“ am 3. Oktober gibt es jedenfalls bis heute nicht. Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ wird aber weder die Bundesregierung noch den Berliner Senat aus ihrer politischen Verantwortung wenigstens zu einer klaren Positionierung entlassen.